



Wahlbetrug in Georgien: Opposition boykottiert neues Parlament!

Georgiens Regierungspartei eröffnet trotz Boykott der Opposition das Parlament nach umstrittenen Wahlen und Vorwürfen von Wahlbetrug.

Tbilisi, Georgien - In einem dramatischen politischen Schachzug hat die georgische Regierungspartei „Georgian Dream“ das Parlament wiedereröffnet, trotz eines Boykotts der Opposition und heftiger Proteste vor dem Gebäude. Die erste Sitzung fand ohne die Abgeordneten der oppositionellen pro-westlichen Parteien statt, die die Ergebnisse der umstrittenen Wahlen vom 26. Oktober als „illegitim“ bezeichnet haben. Diese Wahlen brachten der Regierungspartei fast 54 Prozent der Stimmen, was zu einem Anstieg der Spannungen im Land führte.

Die Abgeordneten von „Georgian Dream“, darunter der milliardenschwere Ex-Ministerpräsident Bidzina Ivanishvili, betraten das Parlament, während draußen Protestierende, die seit Sonntagabend Zelte aufgeschlagen hatten, Parolen wie „Russen“ und „Sklaven“ riefen. Eine Demonstrantin erklärte, dass der Erfolg der Regierungspartei eine existenzielle Krise für das Land darstelle. „Wir stehen am Rande des Zusammenbruchs und wollen unser Land verteidigen, weil wir es wirklich lieben“, sagte sie und warnte vor der Macht des Oligarchen Ivanishvili.

Vorwürfe von Wahlbetrug

Die politischen Spannungen haben sich seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs verschärft, da Georgien, traditionell pro-westlich, sich zunehmend Russland annähert. Die Beziehungen zu

westlichen Ländern haben sich unter der Herrschaft von „Georgian Dream“, die seit über einem Jahrzehnt an der Macht sind, verschlechtert. Gesetze gegen „ausländische Agenten“ und LGBTQ-Rechte wurden eingeführt, die von den USA und der EU als russisch inspiriert kritisiert wurden.

Die pro-europäische Präsidentin Salome Zurbachvili, die ebenfalls im Konflikt mit der Regierungspartei steht, hat beim Verfassungsgericht Klage eingereicht, um die Wahlergebnisse anzufechten. Sie beschuldigt Russland der Wahlmanipulation, was Moskau jedoch bestreitet. Zurbachvili bezeichnete die Sitzung am Montag als „unverfassungsgemäß“ und erklärte, dass „massiver Wahlbetrug“ die Legitimität der neuen Versammlung untergrabe. Ein Verfassungsrechtsexperte wies darauf hin, dass das neue Parlament nicht zusammentreten kann, bis das Verfassungsgericht über Zurbachvilis Klage entscheidet. Die EU hat angekündigt, die Wahlen zu untersuchen und eine Mission nach Tiflis zu entsenden, während „Georgian Dream“ die Vorwürfe des Wahlbetrugs vehement bestreitet.

Details	
Ort	Tbilisi, Georgien
Quellen	• www.aljazeera.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at